

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Heftungsblatt für den Oberamtsbezirk N. 1. 10 und Altensitz-Stadt. 11. 3. meiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.00 Mark. Die Ausgabe am 1. Oktober 1920. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Die Übersetzung der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung behält sein Recht auf die Zeitung. - Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 299

Altensitz, Mittwoch den 22. Dezember

1926

Der Mörder Kouzier freigesprochen!

Prozess Kouzier

Landau, 20. Dez. Einen Höhepunkt erreichte die Verhandlung im Fall Kouzier bei der Vernehmung der Zeugin Sonder, die unmittelbar hinter Müller und Kouzier am Fenster stand. Sie sagte: Müller näherte sich Kouzier, der zweimal rief: „Kaput, kaput, eins, zwei, darauf zwei Schüsse trachten. Müller sank hin, und fiel zur Seite. In seinem Augenblick hatte Müller Zeit genug, um ihm einen Faustschlag zu versetzen zu können. Nach den Aussagen der Zeugin Sonder wiederholte Kouzier in erstem Ton seine früheren Aussagen, daß er in Notwehr gehandelt und erst im letzten Augenblick geschossen habe. Darauf gab die französische Verteidigung ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß erst im Gerichtsjaal wichtige Tatsachen auftreten, die dem Anklagegelehrten nicht bekannt gewesen seien. Die weiteren Aussagen beruhten von einer Reihe von Zwischenfällen, in die Kouzier verwickelt war. In allen diesen Fällen wurden entsprechende Leute von Kouzier angerempelt oder geschlagen. Die Vogelmutter stellte ihm ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Er habe niemand im Hause gerührt, mit den Tieren geschlagen und nachts Besuche leichtfertiger Frauen erhalten. Während von französischer Seite durch einen französischen Sicherheitsbeamten schlechte Zeugnisse über Matthes, Müller und Fehler beigebracht wurden, ergab die Vernehmung der übrigen Zeugen Aussagen, daß Matthes und Müller rubiae und arbeitsame junge Leute gewesen sind.

Der französische Militärstaatsanwalt hat am Schluß seiner Anklagerede gegen Leutnant Kouzier eine Strafe von 1 Jahr Gefängnis beantragt. Bezüglich der angeklagten Deutschen stellte er die Strafbemessung dem Gericht anheim, empfahl jedoch, diejenigen Angeklagten, die sich ins unbesetzte Gebiet gelüftet hätten und nicht erschienen seien, schwerer zu bestrafen, als die anderen. Der Hauptteil des Plädoyers des französischen Militärstaatsanwaltes war der Angelegenheit Kouzier gewidmet und enthielt eine erschöpfende und harte Beurteilung des Verhaltens dieses Offiziers. Auch der Tod Müllers stehe in offenbarem Mißverhältnis zu dem, was Müller getan habe, wobei der Staatsanwalt als erwiesen annimmt, daß Müller Kouzier einen Faustschlag versetzt habe. Alle Umstände seien jedenfalls so, daß weder de facto noch de jure von Notwehr gesprochen werden könne. Allerdings fänden die Tatsachen Kouzier eine weitgehende Entschuldigung durch die Veranlassungen, deren Ziel er gewesen sei.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung führte der deutsche Rechtsanwält Dr. Grimm u. a. aus: Der Kernpunkt sei, daß Matthes ebenso wie Müller dem Kouzier folgten, nicht um ihn anzugreifen, sondern um ihn, da er auf frischer Tat ertappt worden war, festhalten zu lassen. Es sei ein Gesetz bei allen zivilisierten Völkern, daß jeder, der auf frischer Tat bei einer strafbaren Handlung ertappt werde, von irgend einer Zivilperson, selbst mit Gewalt festgehalten werden könne, wenn es nötig sei, seinen Widerstand zu brechen. Die Ausführungen des Anklagegelehrten über die Vernehmung der Notwehr waren getragen von dem hohen Geist der Objektivität. Gerade deswegen war ich aber bestört über den Strafentwurf: 1 Jahr Gefängnis! Ein Jahr Gefängnis für einen vorläufigen Zeitschall! Man hat hier von Locarno gesprochen. Das deutsche Volk ist zur Annäherung bereit. Wir wollen Frieden nach allem Elend des Krieges, wir sind keine händelsüchtige Nation, wir sind keine Nationalisten und keine Bande Matthes, wir wünschen Frieden, aber wir haben auch unsere Würde. Man hat in Germersheim 1920 bayerische Fahnen und die offizielle deutsche Reichsflagge befeselt, man hat uns keine Genugtuung gegeben. Wiederholen Sie nicht denselben Fehler! Ein solches Urteil wäre eine Provokation! — Der erste Verteidiger Kouziers kam mit der Notwehrthese und erklärte, daß Kouzier freigesprochen werden müsse.

Kouzier freigesprochen

Die deutschen Angeklagten verurteilt

Landau, 21. Dez. Um 6 Uhr zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Um 7,15 Uhr erschien er wieder im dem Saal und verkündete folgendes Urteil: Leutnant Kouzier wird von allen Punkten der Anklage freigesprochen, Holzmann wegen beleidigender Haltung gegenüber einem Mitglied der Besatzung zu zwei Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt, Matthes wegen beleidigender Haltung und Beteiligung an den Vorgängen in Sondernheim zu 2 Jahren Gefängnis, Fehler wegen beleidigender Haltung und wegen Beteiligung an den Vorgängen im Cafe Engel zu 6 Monaten Gefängnis, Kögel wegen Beteiligung an den Vorgängen in Sondernheim zu 3 Monaten Gefängnis, Arbogast wegen der Germersheimer Vorgänge zu 6 Monaten Gefängnis, Kögler wegen Beteiligung an den Germersheimer Vorfällen zu 6 Monaten Gefängnis.

Dieses schmachliche Urteil ist ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Es zeigt, daß man trotz Locarno der Willkür des Befehlshabers preisgegeben ist und daß es höchste Zeit ist, daß dieses deutsche Boden räumt.

Die deutschen Pressevertreter in Landau an Briand

Landau, 21. Dez. Die anlässlich des Kouzierprozesses hier anwesenden deutschen Pressevertreter haben an den französischen Minister des Auswärtigen, Briand, folgendes Telegramm gerichtet:

„Die anlässlich des Kouzierprozesses in Landau anwesenden deutschen Pressevertreter protestieren als Augen- und Ohrenzeugen einmütig gegen das unerhörte Urteil des Kriegesgerichtes des 32. Armeekorps. Der Freispruch Kouziers ist eine schwere Verletzung des Rechtsempfindens des deutschen Volkes und der gesamten zivilisierten Welt.“

Die deutschen Pressevertreter.

Die Berliner Blätter zu dem Landauer Urteil

Berlin, 22. Dez. „Der Spruch wird in Deutschland die Herzen vereinen“, so heißt es im „Volksanzeiger“ und so sind denn auch alle Berliner Zeitungen einig in der Empörung über das Urteil von Landau und in der Forderung: Fort mit der fremden Besatzung von deutschem Boden! Die „Deutsche Zeitung“ sagt: Das französische Kriegesgericht hat ein „Urteil“ gefällt, das dem Kriege dient. Die „Kreuzzeitung“ ruft aus: So sieht Locarno also in der Praxis aus. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt: Wir werden das Urteil von Landau nicht verzeihen, wenn man uns wieder von französischer Seite mit Verprechungen irren zu führen sucht. Auch dieser Geist ist eine Realität, an der wir jedenfalls nicht vorübergehen werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Dieses Urteil ist ein hässlicher Hohn auf das Rechtsempfinden aller Menschen. Die „Tägliche Rundschau“ betont: Eine schlimmere Sabotage der Politik Briands konnte wohl in diesem Augenblicke nicht erdacht werden. Aus dem ganzen ergibt sich ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der fremden Besatzung auf deutschem Boden. Wir sind weit davon entfernt, so wird in der „Germania“ ausgeführt, für die Untat von Landau die französische Staatsleitung verantwortlich zu machen, aber wir möchten sie doch darauf aufmerksam machen, daß eine wirkliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich eintritt, wenn die Ungerechtigkeit lokaler Instanzen sich ungehemmt ausbreiten kann. Das gibt auch in Frankreich einen Instanzenzug. Im Interesse der Ausübung zwischen Deutschland und Frankreich wünschen wir, daß der Justizfrevel in Landau in einer Weise geahndet wird, die der berechtigten Empörung in Deutschland Rechnung trägt. Die „Vossische Zeitung“ schließt ihre Ausführungen mit den Worten: Die Räumung deutschen Gebietes darf nach dem Urteil von Landau auch nicht eine Stunde mehr von täglichen Arbeitspläne der deutschen Regierung verschwinden. Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Die Bemühungen der Diplomaten müssen fruchtlos bleiben, wenn man es Offizieren, die sich als Eroberer fühlen, überläßt, ihre Politik zu durchkreuzen. Der „Vorwärts“ zieht aus den Vorfällen von Germersheim und dem Urteil von Landau folgende Lehre: Solange die Besetzung andauert, solange wird man die Gefahr laufen, daß ähnliche Kriegesgerichtsschurken die Klust zwischen beiden Völkern immer wieder vertiefen, die die große Mehrheit auf beiden Seiten zu überbrücken bedürftig ist. Die „Rote Fahne“ nennt den Landauer Spruch ein Klassenurteil, gegen das mit den deutschen Kommunisten die französischen Kommunisten den schärfsten Protest erheben werden.

Wie sieht die kommende Regierung aus?

Unter der Überschrift: Wie sieht die kommende Regierung aus? schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ u. a.: Der Reichstag stürzt die Regierung und geht eine halbe Stunde später für fünf Wochen in die Weihnachtssferien. Die Tatsache ist ein Symbol. Mit Leichtigkeit finden sich die Parteien zum einmütigen negativen Tun zusammen. Wenn es aber gilt, aufzubauen und ein Neues an die Stelle des Gestürzten zu setzen, dann ist guter Rat teuer, und die Volkswertreter stehen es vor, zunächst einmal den Staub der Reichshauptstadt von den Füßen zu schütteln. Wenn sie nach fünf Wochen wieder kommen, sind sie so klug als wie zuvor. Nachdem das Blatt den einzelnen Parteien ihre Fehler sehr eindringlich vor Augen geführt hat, schreibt es weiter: Blickt man in die Zukunft, so muß man sagen, daß die Lösung der Krise nicht einfach sein wird. Das Weiterbestehen einer Minderheitsregierung widerspricht zweifellos dem parlamentarischen System, wenn auch nicht behauptet werden kann, daß am Ende der Krise nicht ungefähr das gleiche Kabinett stehen wird. Es ist eine eigenartige Entdeckung, daß das Regieren mit wechselnden Mehrheiten genau die Methode ist, mit der in Deutschland vor dem Umsturz innere Politik gemacht wurde, jedoch die Zweifel an der Eignung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Gestalt für das deutsche Volk immer mehr wachsen werden. Ein Kabinett der Weimarer Koalition ist äußerst unwahrscheinlich, nicht nur weil es gleichfalls keine Mehrheit hätte, sondern weil auch die

Deutsche Volkspartei einem solchen Man mit vollem Recht den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird, weil sie, wie wir annehmen, den Versuch, sie aus der verantwortlichen Reichspolitik auszuschalten, in seiner ganzen Gefährlichkeit erkannt hat. Die Große Koalition mit der Sozialdemokratie ist von dieser Partei unmöglich gemacht worden. Einem Kabinett mit den Deutschnationalen verlagte sich bislang das Zentrum, dessen Gewerkschaftsflügel die Taktik in sehr bemerkenswerter Weise gemindert hat. Ob diese Stimmungsänderung die Gürtung in der Zentrumsarbeiterschaft beschwichtigen kann, bleibe dahingestellt. Das Zentrum trägt jedenfalls die volle Verantwortung für Gelingen oder Scheitern einer Rechtskoalition. Was übrigens das Wort vom „Bürgerkriegsblut“ betrifft, das Herr Dr. Birth in die Debatte geworfen hat, so dürfte es genügen, an die sozialpolitische Tätigkeit des ersten Kabinetts Luther zu erinnern, um dieses Schreckgespenst zu verscheuchen. Es wird nachgerade zum großen Unfug, daß behauptet wird, die Arbeiterchaft werde dem Staat entfremdet, wenn keine sozialdemokratischen Minister in der Regierung sitzen. Die Sozialdemokratie hat, wie jede andere politische Partei, das Recht und die Pflicht, zu Zeiten in der Regierung, zu Zeiten in der Opposition zu sein. Der Zusammenschluß der Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten würde eine stabile, sichere Regierung auf lange hinaus ermöglichen. Wir sind aber durchaus der Meinung, daß das Zentrum mit denselben Bindungen in eine solche Regierung gehen müßte wie die anderen Parteien. Auch die wohlwollende Neutralität, die Fehrenbach gegenüber dem ersten Kabinett Luther für seine Partei ankündigte, wäre in diesem Falle nicht zulässig. Das Zentrum muß ganz klar vor die Verantwortung gestellt werden, ob es eine Mehrheitsbildung nach rechts ermöglichen will oder nicht, ob es ein Zusammengehen mit der Rechten grundsätzlich und ein für allemal ablehnt und daher als unverrückbares Dogma verkündet, daß die Mitte unter allen Umständen mit der Linken gehen muß.

Stresemann über Genf

Hamburg, 21. Dez. Im großen Festsaal des Rathauses gab der Senat anlässlich des Besuches des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ein Essen, an dem außer führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft das gesamte Konsularcorps in Hamburg teilnahmen. Nach Begrüßungsworten von Dr. Peterßen verlich der belgische Generalkonsul Moulart im Namen des gesamten Konsularcorps der Freude darüber Ausdruck, daß es Gelegenheit gehabt habe, Reichsminister Dr. Stresemann persönlich kennen zu lernen. Hierauf ergriff Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort: Trotz der scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen darf ich das eine mit Genugtuung feststellen, daß Schwankungen innerpolitischer Art am Kurs der deutschen Außenpolitik nichts ändern werden, die sich heute auf die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen vermag. Zu dem Ergebnis der letzten Genfer Tagung übergehend, sagte Dr. Stresemann: Dieses Ergebnis bedeutet einen Schritt vorwärts auf unserem Wege. Es ist dort gelungen, eine grundsätzliche Regelung für zwei schwierige Fragen zu finden, die dem Fortschritt der politischen Entwicklung bisher im Wege standen. Es ist gelungen, für die Investitionsbefugnisse des Völkerbundes denjenigen festen Rahmen zu vereinbaren, der sich aus der gerechten Auslegung der Vertragsbestimmungen ergibt. Vom deutschen Standpunkt aus würden wir es als einen Fortschritt bezeichnen, daß dabei die Entwaffnungsaktion, für die ein näher Endtermin festgesetzt worden ist, nunmehr allseitig als durchgeführt anerkannt ist. Das ist eine wichtige Etappe, aber freilich doch nur eine Etappe, und ich will offen aussprechen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Völkerbund unvereinbarer Zustand ist, die allgemeine Rüstungsfreiheit bestehen zu lassen und dabei einem einzelnen Staat die volle Entwaffnung vorzuschreiben und ihn einseitig zu kontrollieren. Diesen Zustand zu beseitigen, konnte sicherlich nicht Aufgabe der letzten Genfer Verhandlungen sein. Diese Aufgabe muß aber im Zusammenhang mit dem allgemeinen Abrüstungsproblem unbedingt gelöst werden. Wir befinden uns noch immer im ersten Anfangsstadium einer neuen europäischen Entwicklung und es ist gerade in diesem Stadium von Bedeutung, daß die leitenden Staatsmänner dem Vertrauen der Völker auf jene Entwicklung so oft als möglich durch sichtbare Ereignisse neue Nahrung geben. Das ist im Interesse aller beteiligten Länder in Genf geschehen. Zugleich ist mit den erzielten Ergebnissen aber der Weg frei gemacht für die praktische Annahmemaßnahme anderer außen-

